

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

14.

Punkt 12 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtin Rita Fromm, der Stadträte Tom Høyem, Karl-Heinz Jooß, Thomas H. Hock, Thomas Kalesse und Heinz Golombeck (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 11. August 2010: Verkauf des Bereichs Altenhilfe der Heimstiftung Karlsruhe

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12, Vorlage Nr. 520, zur Beratung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich darf feststellen, dass Herr Stadtrat Kalesse - entgegen meiner Ankündigung, dass er heute entschuldigt ist - zwischenzeitlich eingetroffen ist. Das ist möglicherweise wichtig bei Abstimmungen. Deshalb muss ich das ausdrücklich dazusagen. Herzlich willkommen, Herr Stadtrat!

Stadträtin Fromm (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, den Bereich Altenhilfe, d. h. Seniorenzentren, mobile Pflege und betreutes Wohnen der Heimstiftung, zu verkaufen. Wir fordern dies wohlwissend, und es ist für uns unbestritten, dass dort eine gute Pflege geleistet wird. Trotz guter Nachfrage und Konsolidierungsbemühungen können die Leistungen aber nicht auskömmlich erbracht werden. Schuld - so die Heimstiftung - sei die wirtschaftliche Situation durch den über 75%igen Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget, und dass von den Kostenträgern wie Pflegekassen, Sozial- und Jugendhilfeträger usw. dieser hohe Anteil in den Pflegesätzen unzureichend berücksichtigt werde. Dies führe - so können wir es nachlesen im Beteiligungsbericht 2009 - weiterhin zu einer strukturellen Unterfinanzierung der Einrichtung und sei die Hauptursache des Defizits.

Da stellt sich natürlich die Frage, wie andere tarifgebundene soziale Einrichtungen, wie die AWO, der ASB, die Kirchen und das Rote Kreuz, um nur einige zu nennen, auskömmlicher arbeiten können. Auch sie haben viel Geld in die Sanierungen gesteckt und mit den vorgegebenen Pflegesätzen hausgehalten.

Die Stadtverwaltung antwortet auf unsere Verkaufsforderung, dass diese u. a. aus stiftungs- und arbeitsrechtlichen Gründen problematisch und schwierig sei. Das sehen wir auch so. Aber schwierige Entscheidungen sind nicht unlösbar und stehen ständig auf der Tagesordnung. Sie sind machbar. Man muss nur wollen, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Innerhalb Karlsruhes gibt es ein breites Spektrum von Anbietern, die den Bereich Altenhilfe in ihre Angebote integrieren könnten. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden sicher dort mit offenen Armen übernommen. Wir erwarten, Herr Oberbürgermeister, von der Stadtverwaltung, dass im Einvernehmen mit der Heimstiftung und deren Mitarbeiter Verkaufsgespräche geführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Die Heimstiftung hat in den letzten Jahren den Klosterweg und das Parkschlössle generalsaniert, um ein gutes und adäquates Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner und auch zukünftige Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen. Dazu musste viel Geld in die Hand genommen werden. Des Weiteren kommen sicherlich die Personalfragen dazu, die schon ausgiebig im Stiftungsrat besprochen wurden. Wir haben aufgrund der Situation auch einen Konsolidierungsprozess eingeleitet, in harten Kämpfen, auch im Stiftungsrat der Heimstiftung, wo wir uns aber alle zusammengerauft und versucht haben, jetzt durch diesen Konsolidierungsprozess zu einer sinnvollen Lösung der Probleme zu kommen. Das geht nicht von heute auf morgen. Es ist auf einige Jahre angesetzt. Wir möchten dieses Angebot für unsere Karlsruherinnen und Karlsruher Senioren aufrecht erhalten.

(Vereinzelter Beifall)

Wir möchten diesen Konsolidierungsprozess auch als CDU-Fraktion weitergehen und denken, wir kommen zu einem guten Ende.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Fromm, liebe Kollegen der FDP. Dieser Antrag ist die Fortsetzung eines Politikstiles der sozialen Kaltschnäuzigkeit, für die die Bundes-FDP schon seit einiger Zeit steht. Ich erinnere an die Steuergeschenke für die Hoteliers und an die Pläne, wonach die FDP-Bundestagsfraktion Fluggesellschaften von der Mehrwertsteuer für Inlandsflüge befreien will, während für Hartz-IV-Kinder kein Geld übrig ist.

Nun hat diese Art der FDP-Politik auch Karlsruhe erreicht. Sie wollen Dumping-Löhne für Beschäftigte in der Pflege. Dazu passt auch, dass die FDP Mindestlöhne, auch in der Pflege, ablehnt.

Den Ausführungen der Verwaltung ist fast nichts hinzuzufügen. Es wäre noch zu erwähnen, dass in der Pflegesatzkalkulation die Personalkosten einer Einrichtung mit Tarifbindung immer als wirtschaftlich angemessen anzuerkennen sind. Obwohl die Kostenträger bisher die Rechtsprechung noch nicht uneingeschränkt umsetzen, wird sich diese Auffassung durchsetzen.

Die Fraktion der Grünen schließt sich ansonsten der Stellungnahme der Verwaltung an und lehnt den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Borner, ich würde Sie nur bitten, denn mir fällt das jetzt zum wiederholten Male auf, in Ihrer Wortwahl etwas behutsamer zu sein. Es ist völlig unnötig, mit solchen Formulierungen zu arbeiten hier im Hause, wie Sie es vorhin getan haben.

(Zuruf **Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke**)

- Entschuldigung. Es geht um die Frage der Wortwahl und nicht um den Inhalt! Sie waren gar nicht gefragt im Moment, Herr Stadtrat Fostiropoulos, um das gleich dazu zu sagen.

Stadträtin Baitinger (SPD): Der Kollege Dr. Müller hat eigentlich schon alles Notwendige gesagt. Auch die SPD-Fraktion wird gerne dem Vorschlag der Verwaltung folgen und den Antrag ablehnen, weil wir stolz darauf sind, dass wir eine so qualitätsvolle Pflege den Karlsruherinnen und Karlsruhern anbieten können, wie sie in der Heimstiftung angeboten wird. Wir sind auch stolz darauf, dass es gelungen ist, in diesem sensiblen Bereich die Tarifbindung zu halten. Wir wissen sehr wohl, dass dieses auch als Vorschlag in den Konsolidierungsbemühungen angeführt wurde. Aber für eine hervorragende Pflege gehören dazu hervorragend qualifizierte Arbeitskräfte, die auch einen angemessenen Lohn für ihre schwere und aufopferungsvolle Arbeit erhalten müssen.

Einem Vorschlag, hier in die Dumpinglöhne einzusteigen, wird die SPD-Fraktion niemals zustimmen, weil es weder für die Arbeitskräfte sinnvoll ist noch für die zu Pflegenden. Deshalb kostet qualifizierte Pflege Geld. Unsere Gesellschaft wird irgendwann einmal darüber ehrlich Rechenschaft ablegen müssen, wie viel ihr das wert ist und wie viel deshalb von den Pflegekassen auch erstattet werden muss, um einen angemessenen Standard, wie wir ihn für menschenwürdig definieren, auch zu erreichen. Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte allein können hier nicht maßgeblich sein.

Wollte man aber mit betriebswirtschaftlichen Kriterien an die Frage Minimieren von Verlusten im städtischen Haushalt herangehen, dann wäre mir in der Tat ein anderes Objekt zum Verkauf auf privatwirtschaftlicher Ebene eingefallen, dessen Verluste weitaus umfangreicher sind. Ich will keine Namen nennen. Jeder im Haus weiß, was gemeint ist.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Döring (KAL): Ich hoffe, dass meine Wortwahl jetzt nicht auch gerügt wird.

Auf dem Rücken von alten und pflegebedürftigen Menschen und auf dem Rücken von Fachkräften und anderen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll ein derzeit finanziell schwacher Bereich der Heimstiftung abgestoßen werden. Das ist der Antrag der FDP. Wir von der Karlsruher Liste finden das empörend.

Das Defizit ist vor allem entstanden durch massive Investitionen zum Wohle auch der Bewohnerinnen und Bewohner, die wir alle mitgetragen haben. Wir finden es auch empörend, dass auf der anderen Seite die Bereiche der Heimstiftung, die kostendeckend arbeiten oder vielleicht sogar einen kleinen Gewinn erwirtschaften, behalten werden sollen.

(Beifall bei der KAL und den Grünen)

Stadtrat Wenzel (FW): Mensch statt Gewinn, sollte hier die Losung heißen. Mein Kollege und Vorredner, Herr Dr. Müller, hat bereits auf den beschlossenen Konsolidierungsprozess zur nachhaltigen Besserung der wirtschaftlichen Situation der Heimstiftung hingewiesen. Daher steht für uns Freie Wähler ganz klar fest - das ist auch in der Stellungnahme der Verwaltung zu lesen, die auch insbesondere auf die stiftungsrechtliche und arbeitsrechtliche Problematik bei einem Verkauf hinweist -, dass wir der Empfehlung der Verwaltung folgen werden und den Antrag der FDP ablehnen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Wir freuen uns, dass die überwiegende Mehrheit im Haus der Meinung ist, den Antrag abzulehnen. Das wollen wir natürlich auch tun. Wir freuen uns vor allen Dingen, dass Pflege erkannt wird als eine Aufgabe, die nicht nach privaten Interessen und möglichst zeittraffend und möglichst gewinnorientiert organisiert werden kann, sondern Pflege ist ein Bereich, der nach Qualität und nach Zeit und menschlichen Gesichtspunkten organisiert werden muss. Deswegen ist es eine kommunale Aufgabe. Wir setzen uns immer dafür ein, dass so etwas nicht privatisiert wird.

(Vereinzelter Beifall)

Stadträtin Fromm (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für Ihren Beitrag, möchte aber den Kollegen noch einmal eindeutig sagen: Die FDP-Fraktion steht nicht für Dumpinglöhne. Wir wissen auch, dass in den anderen Pflegeeinrichtungen, die ich vorhin erwähnt habe, keine Dumpinglöhne gezahlt werden. Wenn Ihnen das in Ihren politischen Horizont nicht hineinpasst, nehmen Sie es wenigstens zur Kenntnis!

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion, Vorlage Nr. 520. Bei 6 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion) Ablehnung, keine Enthaltungen.

Beschluss: Der Gemeinderat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion, den Bereich Altenhilfe der Heimstiftung Karlsruhe zu verkaufen, ab.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Heimstiftung Karlsruhe GmbH
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
9. Dezember 2010